

Militärjuntas gründen Staatenbund: Allianz der Sahel-Staaten gegründet in Niamey

Die westafrikanischen Sahel-Staaten Mali, Burkina Faso und Niger gründen eine Konföderation, um enger in der Außen- und Sicherheitspolitik zusammenzuarbeiten. Erfahren Sie mehr über die Allianz der Sahel-Staaten (AES) und ihre Ziele.

Neue Konföderation der Sahel-Staaten für mehr Sicherheit und Wirtschaftswachstum

Niamey (dpa) – Die westafrikanischen Sahel-Staaten Mali, Burkina Faso und Niger haben kürzlich die Gründung einer neuen Konföderation namens „Allianz der Sahel-Staaten“ (AES) bekannt gegeben. Diese Initiative zielt darauf ab, die Zusammenarbeit in den Bereichen Außen- und Sicherheitspolitik zu stärken, die freie Bewegung von Menschen und Gütern zwischen den Ländern zu erleichtern und eine gemeinsame Investitionsbank zu etablieren.

Die Staatsschefs Oberst Assimi Goïta (Mali), General Abdourahamane Tiani (Niger) und Hauptmann Ibrahim Traoré (Burkina Faso) leiten derzeit Übergangsregierungen, die nach Militärputschen die Macht übernommen haben. Diese politische Veränderung hat dazu geführt, dass geplante Wahlen verschoben oder abgesagt wurden, was zu Spannungen innerhalb der Region geführt hat.

Die Allianz der Sahel-Staaten wurde zunächst als Verteidigungsbündnis ins Leben gerufen, doch inzwischen zielt

sie auf eine umfassendere Zusammenarbeit ab, um die Herausforderungen in der Region anzugehen. Insbesondere die Bedrohungen durch islamistische Terrorgruppen haben die Notwendigkeit für eine verstärkte Kooperation unterstrichen.

Der Austritt der drei Länder aus der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (Ecowas) hat zu Spannungen mit anderen westafrikanischen Staaten geführt. Kritiker behaupten, dass die Entscheidung der Sahel-Staaten eine Manifestation ihrer Unzufriedenheit mit der vermeintlichen Dominanz Frankreichs und anderer ausländischer Mächte über die Region ist.

Die Annäherung der Sahel-Staaten an Russland und die zunehmende Distanzierung von ehemaligen Partnern zeigen einen geopolitischen Wandel in der Region. Die Bemühungen der Bundesregierung um den Weiterbetrieb eines Bundeswehrstützpunkts in Niamey sind gescheitert, was die wachsenden Spannungen zwischen den westlichen Ländern und den Sahel-Staaten verdeutlicht.

Die bevorstehenden Verhandlungen auf dem Ecowas-Gipfel werden sich unter anderem mit dem Umgang mit dem Austritt der drei Länder befassen. Es stellt eine Herausforderung dar, da die Ecowas-Staaten eng miteinander verbunden sind und eine gemeinsame Währungs- und Wirtschaftsunion bilden. Die Auswirkungen des Austritts auf die wirtschaftliche Stabilität und Sicherheit der Region sind von großer Bedeutung und erfordern eine diplomatische Lösung.

– **NAG**

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de